No. 414. — 56. Jahrgang.

Die „Berliner Volks-Zeitung" erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt
Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Abend-Ausgabe

Donnerstag, 3. September 1908

Insertionspreis für die Zeile 40 Pf. Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Straße 46/49.
Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbuserstr. 1, Gneisenaustr. 29, Petersburgerstr. 2, 96, Frankfurterstr. 33 u. Gr. Frankfurterstr. 87, Mulerstraße 31, Schiffbauerdamm 1, Schulzendorferstraße 27 (am Rheinplatz), Königstr. 55/57, Rathenowerstr. 3, Potsdamerstr. 35, Bayreutherstr. 32, Leipzigerstr. 103, Blücherstr. 69 (Ecke Jahnstraße), Richard-Wagnerstraße 83/84 u. Berlinerstr. 73, Schöneberg, Vorbergstr. 8, Charlottenbg., Kantstr. 34, Pankow, Berlinerstr. 139, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129, Weißensee, König-Chaussee 61b.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

„Frankreichs Enttäuschung."

Ein Jubelgeheul

erheben die Alldeutschen ob des plötzlichen und unerwarteten Entschlusses der deutschen Reichsregierung, die Initiative zu ergreifen, um die Anerkennung Muley Hafids als Sultan von Marokko seitens der Signatarmächte der Algeciras-Akte herbeizuführen. So schreibt die „Deutsche Marokko-Korrespondenz", die den Mund am meisten voll zu nehmen pflegt, in einer Extraausgabe:

Bereits am 11. Juli schrieb die „Deutsche Marokko-Korrespondenz": „Eine Macht muß den Anfang machen. Warum will Deutschland nicht vorangehen?"

Die an List und Klugheit reiche französische Diplomatie begann auch nach der endgültigen Niederlage des französischen Sultans der Schanjaboving Wege einzuschlagen, die den Zustand der Unordnung in Marokko zu verlängern geeignet war. Ein feines, aber auch durchsichtiges Gewebe, das nur durch das tatkräftige Auftreten einer europäischen Macht zerrissen werden konnte. Deutschland hat die Rolle dieser Macht übernommen. Ein Gefühl der Befriedigung geht durch unsere ganze Nation (!).

In einem weiteren Artikel, der die Ueberschrift „Frankreichs Enttäuschung" trägt, schreibt dieselbe Korrespondenz:

Lange genug ist der französischen Regierung von ihren eigenen Landsleuten gesagt worden, daß die deutsche Geduld ihre Grenzen hat, und daß die deutsche Energie nach Erreichung dieser Grenzen in der Wahl erfolgreicher Mittel nicht verlegen ist. Der Beweis für diese Behauptung steht vor aller Augen. Mag Frankreich sehen, was es für seinen kostspieligen Uebermut in Marokko heimträgt. Es kann auf das Kaiserwort, daß der europäische Friede nicht gefährdet sei, zuversichtlich bauen. Es mag aber auch überzeugt sein, daß das deutsche Volk den eben geschehenen Schritt der Reichsregierung mit Freude (!) begrüßt, und daß alle Kreise der Nation einmütig hinter der Reichsregierung stehen, wenn diese auch weiterhin dem Spiel einer auf die Erniedrigung Deutschlands abzielenden Politik deutsche Kraft und deutsche Energie entgegenbringt.

Wir haben sofort bei Bekanntgabe des plötzlichen und unerwarteten Entschlusses der deutschen Regierung darauf hingewiesen, daß dieser Schritt in den ernsthaft und nüchtern denkenden Kreisen des deutschen Volkes Beunruhigung hervorrufen müsse. Wie recht wir hatten, beweist uns die Tatsache, daß selbst ein Organ wie die „Frankf. Ztg.", die sich bisher gegenüber der auswärtigen Politik des Fürsten Bülow im allgemeinen recht wohlwollend verhalten hatte, angesichts dieses Vorgehens in der Muley Hafid-Frage ihre lebhafteste Beunruhigung zum Ausdruck bringt. Sie schreibt unter anderem:

War diese Initiative nötig? Ist sie nützlich? Wird sie erfolgreich sein? Es ist die erste und oberste Regel aller diplomatischen Kunst, daß kein Schritt unternommen wird, dem man nicht nach aller Wahrscheinlichkeit und auf Grund reiflicher Ueberlegung einen Erfolg voraussagen kann. Kann man dies nicht, dann ist das Ergebnis des Schrittes eine diplomatische Schlappe oder etwas noch viel Schlimmeres. Gouverner c'est prévoir (Regieren heißt Vorhersehen); das gilt in noch viel höherem Grade von der Diplomatie, die das wichtige Gebiet der internationalen Beziehungen zu pflegen hat.

Da durch die Algecirasakte Frankreich und Spanien eine gewisse Vorzugsstellung in Marokko eingeräumt erhalten haben, so ist allgemein angenommen und auch nirgends bestritten worden, daß es diesen beiden Mächten zukomme, im Namen aller Signatarmächte von Algeciras die Verhandlungen zu führen. Frankreich hat dieses Mandat stillschweigend übernommen; es erwartet jetzt die Vorschläge Muley Hafids. In diesem Stand der Dinge reißt plötzlich das Vorgehen Deutschlands eine Bresche. Hat Deutschland wenigstens die Zustimmung der Mächte oder einiger Mächte? Nach der Art zu urteilen, wie die Sache betrieben und dann plötzlich verkündet worden ist, darf man dies nicht annehmen. Die Sprache der englischen Presse beweist, daß man dort ungemein, aber nicht sehr angenehm überrascht ist, und das deutet darauf hin, daß England nicht zuvor verständigt worden ist. Hat man Rußland, hat man vielleicht Frankreich verständigt? Auf diese Fragen gibt es noch keine Antwort, aber es liegt auf der Hand, daß die Lage keine befriedigende ist, wenn die Antwort verneinend ausfällt. Wenn die anderen Mächte nicht verständigt worden sind, dann ist Deutschland nicht bloß isoliert, sondern sein Vorgehen hat auch eine scharfe Spitze gegen Frankreich, dem dann ohne Zweifel seine Freunde und Verbündeten, namentlich England und Rußland, zur Seite stehen werden. Diese Mächte werden erklären, sie fänden, daß die Sache gar nicht sehr pressiere, und daß man Frankreich ruhig die Verhandlungen führen lassen könne. Was wird dann Deutschland tun? Wird es die Schlappe ruhig hinnehmen, oder wird es allein Muley Hafid anerkennen und die Verantwortlichkeit für alle Folgen auf sich nehmen, die ein solches einseitiges Vorgehen ohne Zweifel haben wird? Es ist begreiflich, daß diese Fragen beunruhigend wirken müssen. Höchst auffallend wäre es allerdings, wenn Deutschland, daß sich so viel Mühe gegeben hat, ein Gesamteinvernehmen der Mächte über Marokko herbeizuführen und an ihm festzuhalten, dieses Einvernehmen jetzt preisgeben würde auf die Gefahr hin, alle Schwierigkeiten zu entfesseln, die das marokkanische Problem für die Erhaltung des europäischen Friedens in sich birgt. Das wäre um so auffallender, als der Kaiser noch vor wenigen Tagen in Strasburg feierlich verkündet hat, daß der Friede gesichert sei. Wir können nicht glauben, daß solche Gefahren vorliegen; wir wollen lieber annehmen, daß es sich wieder um einen jener plötzlichen Sprünge der deutschen Politik handelt, die ungeheuer viel Lärm machen, dann aber spurlos vergehen und nur den Nachteil hinterlassen, daß die deutsche Politik sich wieder einmal als eine unberechenbare, unverläßbare und eben darum beunruhigende gezeigt hat. Leider Nachteil genug.

Die alldeutschen Blätter freilich jubeln. „Endlich eine deutsche Tat," rufen sie und spenden lebhaften Beifall. Als Mirabeau, der große Redner, einmal von einer Seite, von der er es nicht erwartete, großen Beifall bekam, hielt er plötzlich inne und fragte dann: „Habe ich vielleicht etwas Dummes gesagt?" Die lärmende Zustimmung der deutschen Chauvinisten sollte die Reichsregierung veranlassen, eine ähnliche Erwägung anzustellen.

Diese Auslassungen decken sich durchaus mit dem Sinne der Ausführungen, die wir sofort nach Bekanntgabe der offiziösen Mitteilung der „Nordd. Allg. Ztg." daran geknüpft haben. Es ist daher eine Dreistigkeit sondergleichen, wenn die „deutsche Marokko-Korrespondenz" behauptet, daß angesichts dieses „deutsch. Kraft und deutsche Energie" verratenden Schrittes der deutschen Reichsregierung „ein Gefühl der Befriedigung durch unsere ganze Nation" gehe.

In der letzten Morgennummer haben wir die offiziöse französische Note wiedergegeben, die der Pariser „Temps" gegenüber der Mitteilung der „Nordd. Allg. Ztg." veröffentlicht. In dieser bildet ohne Zweifel den wichtigsten Punkt der Hinweis auf die Garantien, die für die europäischen Interessen in Marokko gefordert werden müssen, sowie die Betonung der Notwendigkeit einer Uebereinstimmung der Mächte hinsichtlich dieser Garantien. Wir halten einen derartigen Standpunkt für durchaus vernünftig. Nur böser Wille kann hier einen von französischer Seite unternommenen Verschleppungsversuch erblicken.

Wie der „Temps" meldet, hat der französische Minister des Aeußeren Pichon gestern nachmittag den deutschen Botschaftsrat v. d. Lancken empfangen. Nach dem „Temps" empfing der Minister darauf den englischen Botschafter in Paris zu einer längeren Besprechung.

Der französische Botschafter in Madrid, Révoil, hat gestern Paris wieder verlassen, um sich auf seinen Posten zurückzubegeben.

Nach einem Telegramm aus Washington hat der Geschäftsträger der dortigen deutschen Botschaft, Botschaftsrat Graf Hatzfeld, gestern dem Staatsdepartement einen Besuch abgestattet und die Aufmerksamkeit auf die deutsche Ansicht gelenkt, daß die Anerkennung Muley Hafids durch die Signatarmächte der Algeciras-Akte im Interesse des Friedens liege. Graf Hatzfeld legte keine formelle Note vor.

Die neuen Kämpfe in Marokko.

Ueber den Angriff der Harka auf das französische Blockhaus bei Bu Denib wird noch gemeldet, daß der Hauptangriff am Mittwoch um 2 Uhr nachts erfolgte. Er wurde mit Hilfe von Mitrailleusen und Handgranaten abgeschlagen, die sich ganz besonders wirksam erwiesen. Obwohl die Angreifer beim Rückzuge ihre Toten mitnahmen, wurde noch eine große Zahl Leichen gefunden, die mitzunehmen der Feind nicht mehr Zeit hatte. Man vermutet daher, daß er sehr schwere Verluste hatte. Auf französischer Seite wurde nur ein Schütze getötet; sieben wurden verwundet.

Herr Dr. Müller-Meiningen und Dr. Theodor Barth.

Herr Dr. Müller-Meiningen bittet uns um die Wiedergabe folgender Zuschrift:

Sehr geehrte Redaktion!

Herr Theodor Barth polemisiert in einem heftig-höhnischen Artikel Ihrer geschätzten Zeitung (Nummer 405) gegen Aeußerungen, die ich gemacht haben soll. Ganz unabsichtlich vergißt er dabei die Quelle dieser Aeußerung anzugeben.

Der Leser der „Berl. Volksztg." findet sie in Nummer 21 der „Neuen Revue" (1. September-Heft). Er wird und soll sich aus der Lektüre des Artikels selbst überzeugen, was von den Barthschen Ausführungen zu halten ist. Nur eine Berichtigung sei mir erlaubt:

Herr Barth konstruiert bezüglich der Schücking-Affäre einen Gegensatz zwischen meinen norddeutschen Freunden und mir. Ich verweise auf meine Aeußerungen Seite 1531 Zeile 11 ffl. von oben und Seite 1537 Zeile 18 ffl. des von mir zitierten Aufsatzes: Wer nicht nur darauf ausgeht, den politischen Gegner zu diskreditieren, — doch ich will nicht noch Oel ins Feuer gießen! Ich habe bereits vor Wochen Herrn Dr. Schücking brieflich zum Ausdruck gebracht, daß wir süddeutschen Freisinnigen in der Verurteilung des Vorgehens gegen ihn mit unseren norddeutschen Freunden einer Meinung sind. Welche Konsequenzen ich gegenüber der Regierung daraus ziehe, ist auf Seite 1537 Absatz 2 des Artikels zu ersehen.

Im übrigen sind wir alle fest überzeugt, daß Herr Barth sich und seine Anhänger für die einzig wahren Demokraten und richtigen Taktiker hält. Wir werden sehen, wie weit er mit seiner „positiven demokratischen Politik" kommt. Auch in der inneren Politik gibt es ein „Konzentrationssystem"!

Hochachtungsvoll
ergebener
Dr. Müller-Meiningen.

Herr Dr. Barth erwidert darauf:

Wenn das Vorstehende eine Berichtigung sein soll, so hat sie ihren Beruf verfehlt. Die Leser der „Berl. Volks-Zeitung" kennen ja bereits den wesentlichen Inhalt jenes Artikels in Nummer 21 der „Neuen Revue", dessen Blocknachgiebigkeit selbst der „Weserztg." über die Hutschnur geht.

Die Pointe des Müllerschen Aufsatzes bestand in der feierlichen Absage an eine Taktik, welche die Stellung des Blockfreisinns im Reichstage benutzen will, um der Reaktion in Preußen die Zähne zu lockern. Daß Herr Müller mit dieser Absage auch den Fall Schücking von der Reichsblockpolitik loslöste und in die Prinz Albrechtstraße verwies, woselbst die Freisinnigen völlig ohnmächtig sind, ist ein Schluß, der sich für jeden Freund eines logischen Konzentrationssystems von selbst ergibt.

Theodor Barth.

Es tut uns leid, sagen zu müssen, daß Herrn Dr. Müller's Berichtigungseifer am Ziel völlig vorbei schießt. Kann Herr Dr. Müller-Meiningen leugnen, daß er preußische Angelegenheiten durch seine von uns in dem Artikel „Unbezahlte Schanzarbeit" klipp und klar gekennzeichnete „Studie" von der Reichsblockpolitik grundsätzlich und ausdrücklich ausgeschlossen hat? Nein, das kann Herr Dr. Müller-Meiningen nicht leugnen. Die Sprache der Blockfreisinnigen ist sonst so vieldeutig und schwammig wie möglich; aber in dem Punkte, daß bei der Reichsblockpolitik, insbesondere bei der Reichsfinanzreform, liberale Gegenforderungen für Preußen nicht gestellt werden sollen, hat sich Herr Dr. Müller-Meiningen mit geradezu verblüffender Unzweideutigkeit ausgesprochen, wie wir dies in dem Artikel „Unbezahlte Schanzarbeit", gestützt auf den Wortlaut der Müllerschen Aeußerungen, unwiderleglich nachgewiesen haben. Was soll da die Zuschrift, die Herr Dr. Müller-Meiningen merkwürdigerweise für eine „Berichtigung" zu halten scheint? Derartige Zuschriften könnte sich Herr Dr. Müller-Meiningen ersparen, wenn er nicht eine blockfromme Politik à tout prix triebe, so daß sogar die extremblockbegeisterte „Weser-Zeitung", gleich dem freikonservativen Herrn v. Zedlitz, an diesem Uebermaß von entsagungsvoller Blockfreudigkeit Aergernis nimmt!

Herr Dr. Mugdan,

der Stadtverordnetenkandidat,

der die von ihm im Reichstage als Spezialität gepflegte, hinlänglich bekannte besondere Spielart des Blockfreisinns in das Rote Haus übertragen möchte, indem er sich um das Stadtverordnetenmandat im fünften Wahlbezirk bemüht, bemängelt den von uns über sein Auftreten in der gestrigen Wählerversammlung vom Montag veröffentlichten Bericht. Dergleichen Bemängelungen bilden bei den Blockfreisinnigen einen gewohnheitsmäßig betriebenen Sport. Wenn man über ihre Aeußerungen berichtet, wie sie gefallen sind, so haben sie, um den üblen Eindruck zu verwischen, den diese Aeußerungen bei allen wirklich Freisinnigen machen müssen, das Bedürfnis, „Erläuterungen" dazu zu geben, die um den Kern der Sache herumgehen wie die Katze um den heißen Brei. Herr Dr. Mugdan vertraut seine „Erläuterungen" mit berechneter Absicht nur einem weiteren Kreise des demokratischen Bürgertums entrückt zu sein. Diesem Versteckspielen möchten wir im Interesse des entschiedenen Liberalismus entgegentreten, indem wir Herrn Dr. Mugdans Erklärungen über sein Verhältnis zum allgemeinen Wahlrecht an die Oeffentlichkeit bringen. Herr Dr. Mugdan erklärt:

Ein Anhänger des Herrn Richert fragte mich nach echt sozialdemokratischer Weise, wie ich zur Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf die Kommunalwahlen stände. (Also wenn ein Kandidat nach seiner Stellung zu einem bestimmten politischen Prinzip gefragt wird, so ist das nach Herrn Dr. Mugdan schon „echt sozialdemokratisch!" Dabei will Herr Dr. Mugdan „liberal" sein!) Ich erklärte darauf, daß eine Aenderung des bestehenden Kommunalwahlrechts nicht in der Macht der Kommunalverwaltungen — Stadtverordneten und Magistrat — stände, sondern daß dies Sache der Landesgesetzgebung sei. Ich hätte also garnicht nötig, diese Frage zu beantworten, da ich aber gewohnt sei, meine politischen Ansichten frei zu bekennen, so wollte ich keinen Hehl daraus machen, daß ich ein Gegner der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf die Kommunen sei. Die „ehrliche" „Volksztg." (Mit diesem „Witz" will sich Herr Dr. Mugdan anscheinend bei den Herren Parteimaladeuren ins rechte Licht setzen, die es gern haben, wenn auf die ihnen aus begreiflichen Gründen verhaßte „Volks-Zeitung" geschimpft wird!) erweckt nun den Anschein, als ob ich dadurch mich zu einem Feinde jeder Aenderung des bestehenden Kommunalwahlrechtes bekannt hätte. (Eine allerliebste Unterstellung, als ob der Berichterstatter einen Anschein erwecken wollte, wo die Tatsachen für sich sprechen!) Selbstverständlich bin ich ein Feind der bei dem jetzigen kommunalen Wahlrecht bestehenden Klasseneinteilung und öffentlichen Stimmabgabe. Gemäß dem Programm der freisinnigen Volkspartei trete ich ein für ein gleiches und geheimes Kommunalwahlrecht, verlange aber zum Unterschied von dem Reichstagswahlrecht als Voraussetzung des Kommunalwahlrechts die Leistung einer Einkommensteuer von bestimmter Höhe und ein längeres Wohnen in der Kommune.

So Herr Dr. Mugdan. Der langen Herumrederei kurzer Sinn ist der, daß Herr Dr. Mugdan wohl oder übel bestätigt, er sei ein Feind der Uebertragung des Reichstagswahlrechts auf die Kommunen. Das und nichts anderes hat wahrheitsgemäß in dem Referat unseres Berichterstatters, eines in langjähriger Praxis erprobten gewissenhaften Journalisten, gestanden. Also nach Herrn Mugdan soll für das kommunale Wahlrecht der Geldbeutel des Einzelnen in Frage kommen! An der plutokratischen Grundlage des Wahlsystems hält der „liberale" Kandidat mithin fest!

Im übrigen bemerken wir auf Grund der stenographischen Aufzeichnungen unseres Berichterstatters, daß Herr Dr. Mugdan die Ausführungen, die er vorstehend schriftlich gemacht hat, von den Worten an: „Gemäß dem Programm der Freisinnigen" bis zum Schluß, in der Versammlung nicht gemacht hat. Dort hat er sich lediglich als „erbitterter Feind" (wörtlich!) des Reichstagswahlrechtes für die Kommunen bezeichnet, „damit nicht unsere gute Stadt Berlin unter die Herrschaft der Sozialdemokratie kommt, wie es bei dem allgemeinen gleichen Wahlrecht der Fall sein würde".

Hiernach kann jedermann ermessen, was es mit der dreisten Verdächtigung der „Ehrlichkeit" der „Volks-Zeitung" durch Herrn Dr. Mugdan auf sich hat.